

DIE LINKE. Landesverband Berlin, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

RuT-Rad und Tat Berlin gGmbH

Per Mail an: wohnprojekt@rut-wohnen.de

Sebastian Koch
Landesgeschäftsführer

Landesvorstand Berlin
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

Telefon +49 30 / 24 00 93 01
Telefax +49 30 / 24 00 92 60

sebastian.koch@dielinke.berlin
www.dielinke.berlin

Berlin, den 21. Juni 2021

Betr. Wahlprüfstein von RuT-Rad und Tat Berlin gGmbH

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für die Erstellung und Zusendung des Wahlprüfsteins von RuT-Rad und Tat Berlin gGmbH. Im Folgenden finden Sie die Antworten der Partei DIE LINKE. Berlin.

1. Strukturelle Benachteiligung hat zur Folge, dass Lesbenprojekte mit unzureichenden Mitteln vor der großen Herausforderung stehen z.B. Leuchtturmprojekte für Gendergerechtigkeit und lesbische Sichtbarkeit wie das Lesbenwohnprojekt mit geringen (unzureichenden) personellen und finanziellen Mitteln zu realisieren.

Fragen: Was planen Sie und Ihre Partei um diesen Zustand zu verändern und benötigte personelle und finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen?

Was plant Ihre Partei, um Abs. 2 des Artikel 3 GG umzusetzen?

In den vergangenen fünf Jahren haben wir einen Kurswechsel in der Queerpolitik durchgesetzt. Nach den entbehrungsreichen Jahren der rot-schwarzen Koalition haben wir der Initiative für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt (IGSV) neuen Schwung verliehen. Die dafür eingestellten finanziellen Mittel wurden erhöht, das Maßnahmenpaket auf über 90 Einzelmaßnahmen ausgeweitet. DIE LINKE Berlin will sich dafür einsetzen, dass nach der Pandemie und im Laufe der kommenden Legislaturperiode keine Mittel bei der IGSV gekürzt werden.

Stattdessen wollen wir mit den Communities an einem neuen Zwei-Jahres-Plan für die IGSV arbeiten. Dazu wollen wir den Umsetzungsstand fortlaufend kontrollieren und bereits ergriffene Maßnahmen evaluieren. In der Vergangenheit hat sich der Jour Fixe Queerpolitik der Koalitionsfraktionen als sinnvolles Forum erwiesen, mit den Communities in unserer Stadt in Austausch zu treten. Wir wollen an dieses Format anknüpfen.

Parallel zum sogenannten Gender Budgeting (einem Verfahren zur Analyse und geschlechtergerechten Gestaltung von Haushaltspolitik), schlagen wir ein Queer Budgeting für die IGSV vor. Richtig ist: Nach dem Schlagwort bzw. der Forderung „lesbische Sichtbarkeit“ (die

Koalition hat dazu mittlerweile mehrfach einen entsprechenden Preis ausgelobt), muss es jetzt endlich auch um „lesbische Teilhabe“ gehen.

2. Lesben haben seit 1989 Expertise in den Themenfeldern Alter und Pflege erworben und mit Fachveranstaltungen und Veröffentlichungen nach außen getragen. RuT hat sich auf diesen Gebieten seitdem einen Namen gemacht, u.a. mit Fachveranstaltungen und einer Befragung in Berliner Senioreneinrichtungen.

Finanzielle Mittel für Projekte, die diese Themenfelder bedienen, werden dennoch vielfach nicht in die Hand von Lesbenprojekten gegeben. Damit werden bestehende Strukturen, die Frauen/Lesben benachteiligen immer wieder verfestigt.

Frage: Wie haben Sie und Ihre Partei vor, struktureller Benachteiligung entgegenzuwirken und dafür Sorge zu tragen, dass finanzielle Mittel für Fachprojekte in diesen Themenbereichen Lesbenprojekten und -Organisationen zukommen?

Ausschreibungen in den vergangenen Jahren haben oft darauf abgezielt, Projekte zu realisieren, die formal möglichst eine breite Spanne queerer Communities abdecken. Das führt nicht unbedingt zu schlechten Ergebnissen, hat aber oft zur Folge, dass vor allem die Projekte Zuschläge bekommen, die bereits über viele Ressourcen verfügen. Sprich: Dezidiert lesbische Projekte kommen häufig nicht zum Zug. Wer lesbische Projekte fördern will, der muss auch explizit lesbische Projekte ausschreiben. DIE LINKE Berlin will das und setzt sich dafür ein. Angesichts der bestehenden Ungleichbehandlung würde anderen Communities daraus derzeit kein unmittelbarer Nachteil entstehen. DIE LINKE Berlin unterstützt darüber hinaus entsprechende politische Initiativen, wird sich gegenüber Koalitionspartner*innen für lesbische Projekte stark machen und auch für deren Unterstützung kämpfen.

In der Vergangenheit hat DIE LINKE Berlin auch auf Bezirksebene gegen strukturelle Ungleichheit gekämpft. In Lichtenberg etwa ist es dem LINKEN-Bezirksbürgermeister gelungen, gemeinsam mit dem Verein LesLeFam das erste lesbische Regenbogenfamilienzentrum Berlins zu realisieren.

Um Fachprojekte besser zu unterstützen, wollen wir an das entsprechende Handlungsfeld der IGSV („Vielfalt in der Vielfalt – Pflege, Alter, Leben mit Behinderung und psychischer Beeinträchtigung“) anknüpfen. Auch hier ist es unser Ziel, bisherige Maßnahmen gemeinsam mit den Communities zu evaluieren und lesbischen Projekten die nötige Unterstützung zukommen zu lassen.

3. Bisher gibt es kaum statistische Daten oder Forschung zu den Themen Lesben im Alter und Pflege. Im Kontext kultursensibler Pflege gibt es zwar Handlungsansätze und Untersuchungen, die Homosexualität berücksichtigen. Darin wird aber in erster Linie auf männliche Homosexualität eingegangen. Forschung und Fachstellen in der Regie von Frauen fehlen. (Gender Data Gap)

Fragen:

a) Was haben Sie und Ihre Partei vor, um diese Formen der Diskriminierung zu beenden und Förderstrukturen, die lesbische Frauen immer wieder benachteiligen, grundlegend zu verändern?

b) Was plant Ihre Partei, um geschlechtsspezifische Datenerhebung sowie Forschung zu den Themen Lesben im Alter und Pflege zu gewährleisten?

a.) Wir wollen die strukturelle Ungleichheit bei der Mittelvergabe bekämpfen. Dazu wollen wir Ausschreibungen gezielt so gestalten, dass z.B. lesbische Projekte zum Zug kommen. DIE LINKE Berlin unterstützt darüber hinaus politische Initiativen aus der Stadtgesellschaft.

b.) DIE LINKE Berlin fordert in ihrem Wahlprogramm, die Erkenntnisgrundlage zur sozialen Situation marginalisierter Gruppen zu verbessern, etwa mit Blick auf Wohnungslose, Sexarbeitende oder Geflüchtete. Auch Lesben in Alter und Pflege, mit und ohne Behinderung, machen Marginalisierungserfahrungen. Die Verbesserung der Erkenntnisgrundlage ist bereits jetzt ein Handlungsfeld der IGSV. Hier muss angeknüpft werden, indem Gelder z.B. für entsprechende Forschungsaufträge zur Verfügung gestellt werden.

Konkret auf das Projekt zugeschnittene Fragen:

Das Lesbenwohnprojekt des RuT hat 2007/2008 gemeinsam mit vielen interessierten Frauen das Konzept für ein inklusives intergeneratives Wohn-und Begegnungszentrum mit 70-90 bezahlbaren Mietwohnungen entwickelt. Dieses Projekt soll laut Konzept selbstbestimmt in der Hand von Frauen aufgebaut und geführt werden.

Seitdem arbeitet RuT daran, von der Stadt (und der BIM) ein Grundstück oder Objekt übereignet oder kostenlos zur Verfügung gestellt zu bekommen. Dieses Ziel konnte nicht erreicht werden.

Alternativ entwickelt RuT in Kooperation mit der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte (WBM) das Projekt, das aber lediglich für 25 Jahre zur Miete genutzt werden kann.

Fragen:

a) Wie haben Sie und Ihre Partei vor, zukünftig zügig und mit voller Unterstützung lesbischen Frauen Grund und Boden für weitere queere Wohn-und Begegnungszentren zur Verfügung zu stellen?

b) Wie wollen Sie dafür Sorge tragen, dass weitere von lesbischen Frauen initiierte Projekte zum gemeinschaftlichen Wohnen und Leben zeitnah umgesetzt werden können?

c) Wie wollen Sie Ausschreibungen gestalten, damit lesbische Frauen nicht nur gesehen, sondern entsprechend gefördert werden?

d) Was werden Sie dafür tun, selbstbestimmte Teilhabe von lesbischen Frauen an Stadtentwicklung und Wohnungsbau zu gewährleisten?

Zu c.) Wie an anderer Stelle bereits erwähnt: Wenn man bspw. einen Ort will, der sich explizit an lesbische Frauen richtet, dann muss man die Zielgruppe in den entsprechenden Konzeptverfahren auch klar formulieren. DIE LINKE Berlin will das tun.

Zu a.), b.) und d.): Diese Fragen lassen sich nur beantworten, wenn man insgesamt eine Idee davon hat, wie Stadtentwicklungspolitik aussehen soll. In der jüngeren Vergangenheit hat sich die Situation so dargestellt, dass die öffentliche Hand nicht über ausreichend Bauland verfügt und der Kampf gegen die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt insgesamt eine für alle verständliche Priorität hatte. Damit Berlin überhaupt in die Lage kommt, möglichst vielen gesellschaftlichen Akteur*innen in der Stadtentwicklung Genüge zu tun, braucht es eine gänzlich andere Bodenpolitik. Sowohl die Berliner LINKE, als auch die Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag haben dazu Vorschläge unterbreitet. Zentrale Elemente sind eine offensive Strategie für den Ankauf von Flächen, ein gesetzlicher Stopp für den Verkauf von öffentlichen Grundstücken oder der Ausbau und die konsequente Anwendung des Vorkaufsrechts. Um Flächen der profitorientierten Verwertung zu entziehen, unterstützt DIE LINKE Berlin u.a. auch das Volksbegehren zur Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne. Zur Wahrheit gehört aber auch: All das lässt sich nicht über Nacht realisieren. Berlin ist an dieser Stelle auch auf die Unterstützung des Bundes angewiesen. DIE LINKE kämpft deshalb für einen Politikwechsel im Bund und wird sich auch in Berlin dafür einsetzen, dass die mit Rot-Rot-Grün eingeschlagene Wende in der Stadtentwicklungspolitik nicht nur fortgesetzt, sondern intensiviert wird. Eine Rückkehr zu den stadtentwicklungspolitischen Wild-West-Verhältnissen der Neunziger- und Nullerjahre, die Investor*innen den roten Teppich ausrollt und die Stadt auf Verwertung trimmt, schadet letztlich allen Bürger*innen Berlins, besonders aber einkommensarmen und marginalisierten Gruppen.

Mit freundlichen Grüßen



Sebastian Koch